

**II-2882 der Beilagen zu der Stenographischen Protokollen**  
**des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode**

Nr. 1398/J

1981 -09- 18

A N F R A G E

der Abgeordneten PETER, DR.OFNER  
an den Herrn Bundesminister für Unterricht und Kunst  
betreffend Verlegung des Polytechnikums von Gänserndorf  
nach Matzen

Laut der KRONENZEITUNG vom 8.September 1981 wurden Schüler aus den vierten Klassen der Hauptschulen in Straßhof, Deutsch-Wagram, Schönbirchen und Reyersdorf drei Tage vor Schulbeginn von der Schulbehörde überraschend davon verständigt, daß sie das Polytechnikum nicht - wie längst vorgesehen - in Gänserndorf, sondern in Matzen zu absolvieren hätten. Der Obmann des Schulgemeinschaftsausschusses begründete die so völlig unerwartete Maßnahme mit baulichen Unzulänglichkeiten des Polytechnikums in Gänserndorf.

Die Eltern der betroffenen Schüler reagierten auf diese unangenehme Mitteilung verärgert, da sie sich von der Schulbehörde übergangen fühlen. Sie glauben, deshalb erst so spät verständigt worden zu sein, um eine "Revolution" unter den Eltern zu vermeiden. Weiters führen sie ins Treffen, daß nicht nur den Kindern ein besonders im Winter gefährlicher Weg zum Bus nach Matzen zugemutet werde, sondern auch die Eltern zu guter Letzt durch ihre Unterschrift zur Kenntnis nehmen müßten, daß die Verantwortung für die Schüler von der Zeit nach Unterrichtsschluß bis zur Busabfahrt von der Schulbehörde auf sie abgewälzt werde.

- 2 -

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Unterricht und Kunst die

A n f r a g e :

1. Weshalb hat die zuständige Schulbehörde die Eltern der von dieser Maßnahme betroffenen Kinder erst drei Tage vor Schulbeginn verständigt?
2. Sind die baulichen Mißstände des Polytechnikums in Gänserndorf der Schulbehörde erst jetzt bekannt geworden?
3. Werden seitens der Schulbehörde Maßnahmen getroffen, um die Schüler während der ununterrichtsfreien Zeit bis zur Busabfahrt zu beaufsichtigen?
4. Was beabsichtigt man hinsichtlich der von allen als wichtig angesehenen Schulwegsicherung zu unternehmen, um den Schülern den vor allem im Winter gefährlichen Weg zum Bus zu erleichtern?
5. Sind dem Bundesministerium für Unterricht und Kunst ähnliche Fälle bekannt?

Wien, 1981-09-18